

## Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Such und der Fraktion DIE GRÜNEN  
— Drucksache 11/4916 —

### Atomwaffenlagerung in Werl

*Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung hat mit Schreiben vom 17. Juli 1989 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:*

In seiner Ausgabe vom 29. Juni 1989 berichtet der Werler Anzeiger unter der Überschrift „Werl – eine atomwaffenfreie Zone / Amerikaner demonitierten hochbrisante Sprengköpfe / Große Erleichterung innerhalb der Bevölkerung“, daß die in Werl gelagerten Atomsprengköpfe abtransportiert, demonitiert und in die Vereinigten Staaten zurückgebracht worden seien.

1. Wurden in Werl Atomsprengköpfe, Atommunition oder Neutronensprengköpfe gelagert?
2. Ist es richtig, daß diese Atomwaffen – wie der Werler Anzeiger meldet – demonitiert und in die USA abtransportiert wurden?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Lagerung von Atomwaffen in Werl vor?
4. Welche Informationen gedenkt die Bundesregierung einzuholen, falls über die Informationen des Werler Anzeigers keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen?

Das Atlantische Bündnis hat als Folge des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 und der Montebello-Entscheidung von 1983 bis heute insgesamt 2 400 Nukleargefechtsköpfe in Europa einseitig abgebaut und damit den Bestand auf die niedrigste Höhe seit über 20 Jahren abgesenkt.

Ein Großteil der Reduzierungen bedeutete den Abzug in der Bundesrepublik Deutschland gelagerter Nuklearwaffen.

Über die Lagerung amerikanischer Nukleargefechtsköpfe auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland ist die Bundesregierung im Detail unterrichtet. In der Bundesrepublik Deutschland befinden sich keine Neutronen- oder neutronenfähigen Gefechtsköpfe.

Weitere Angaben zur Lagerung von Nuklearwaffen auf deutschem Boden können nicht gemacht werden. Es ist die Praxis dieser wie aller bisherigen Bundesregierungen, in Übereinstimmung mit den strengen Geheimhaltungsbestimmungen des Bündnisses zu Fragen nach nuklearen Lagerorten in der Bundesrepublik Deutschland in der Sache nicht Stellung zu nehmen.